Montags-Ausgabe
№ 629

Berlin

Montags-Ausgabe
10. Dezember 1917

Vossische Zeitung

Begründet 1704

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die „Vossische Zeitung" erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Illustrierte Beilage „Zeitbilder", jeden Sonntag. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich M. 2.70 bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich M. 2.50 oder vierteljährlich M. 7.50 ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche 50 Pf. Teuerungszuschlag 20 %. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteil.): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281 15 282 bis 15 291.

Erhöhte Kampftätigkeit an der Tiroler Front.

Czernins Besuch verschoben.

Die Reise des Ministers des Aeußern Grafen Czernin nach Berlin mußte plötzlich wegen plötzlichen Unwohlseins des Ministers unterbleiben.

Die Aenderung der Dispositionen erfolgte in letzter Stunde. Auch die österreichische Bahnverwaltung ist erst im letzten Augenblick gestern abend vor Abgang des Zuges verständigt worden, daß der Minister nicht reisen werde. (Siehe auch vierte Seite.)

Die amerikanische Kriegserklärung an Oesterreich.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung".

pr Amsterdam, 9. Dezember.

Reuter meldet aus Washington: Der Senat hat nach kurzer Debatte den Beschluß, den Krieg an Oesterreich-Ungarn zu erklären, angenommen. Das Repräsentantenhaus hat mit 368 gegen eine (sozialistische) Stimme die gleiche Resolution angenommen. Der Kriegszustand tritt somit mit dem Abend des 7. Dezember in Wirksamkeit.

Präsident Wilson hat die Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn unterzeichnet.

Der Senat nahm die Kriegsresolution gegen Oesterreich-Ungarn einstimmig an. Die Senatsmitglieder Gronna, Vardaman und Morris, die seinerzeit gegen die Kriegserklärung an Deutschland gestimmt hatten, unterstützten diese Resolution. Der Sozialist, der im Repräsentantenhause gegen die Kriegserklärung gestimmt hatte, ist Meyer London.

th Lugano, 8. Dezember.

Einer Pariser Meldung des „Secolo" zufolge wird die amerikanische Kriegserklärung die Teilnahme der amerikanischen Flotte an Operationen im Mittelmeer sowie die Teilnahme amerikanischer Flieger an der italienischen Front zur Folge haben.

Washington, 8. Dezember.

Infolge der Kriegserklärung gegen Oesterreich-Ungarn werden über eine Million Personen auf die Liste der feindlichen Staatsangehörigen gesetzt werden. Viele, die lange verdächtig waren, die Kriegspläne der Regierung zu hindern, wurden verhaftet und werden interniert werden, wenn sie die Behörden nicht davon überzeugen können, daß sie friedliche Absichten haben. Alle Oesterreicher und Ungarn werden auf 100 Yards von der Zone der Dockanlagen usw. ferngehalten werden.

Der Heldenkampf unserer Ostafrikaner.

a. Lettows Durchbruch nach Port.-Ostafrika.

Ein amtlicher englischer Bericht aus Ostafrika vom 1. Dezember besagt: Van Deventer berichtet: Aufklärungsabteilungen haben endgültig die Tatsache festgestellt, daß Deutsch-Ostafrika vollständig vom Feinde frei ist. So ist auch die letzte der deutschen überseeischen Besitzungen in ihrer Gesamtheit in unsere Hände und die unserer belgischen Verbündeten gekommen. Nur eine kleine deutsche Streitmacht ist dort übrig geblieben. Diese hat sich auf das angrenzende portugiesische Gebiet geflüchtet. Es sind Maßnahmen ergriffen, um dort mit ihr abzurechnen. Die Gesamtzahl der allein während des Monats November getöteten oder gefangenen Feinde beläuft sich auf 1115 deutsche Europäer und 3382 eingeborene Soldaten (ausschließlich der Träger und Diener.) Außerdem wurde folgendes Material entweder von uns erbeutet oder vom Feinde zerstört: zwei 10-Zentimeter-Marinegeschütze, eine 10-Zentimeter-Feldhaubitze, ein 70-Millimeter-, ein 60-Millimeter- und ein 37-Millimeter-Geschütz, etwa 73 Maschinengewehre und mehrere tausend Gewehre.

•

Zu vorstehender Meldung über die Aufgabe Deutsch-Ostafrikas durch Generalmajor v. Lettow-Vorbeck geben die „Neuen Züricher Nachrichten" unter der Ueberschrift „Deutsch-Ostafrika in den Händen der Alliierten" folgenden treffenden Kommentar: „So ist denn nach fast dreieinhalbjährigem Widerstande auch Deutsch-Ostafrika als letzte der deutschen Kolonien gefallen. Abgesperrt von allen Zufuhren vom Meere her, bedrängt von allen Seiten durch die vereinigte Uebermacht von Engländern, Franzosen, Belgiern und Portugiesen, längst entblößt von Lebensmitteln, Kleidern und Arzneimitteln sowie von Munition und sonstigem Kriegsbedarf, mußte auch die letzte Truppe der Tapferen sich ergeben.

Nicht den Siegern wird die Geschichte hier dereinst ein Ruhmesblatt einräumen, sondern diesem beispiellosen Heldenkampf der Besiegten, der seinesgleichen kaum hat. In diesem Ruhmesblatt werden vor allem zwei Momente ausgezeichnet sein: Der Heroismus der Deutschen in Ostafrika und die ergreifende Treue der schwarzen Eingeborenen zu ihnen. Die Deutschen haben der Sendung Europas im äquatorialen Afrika auch in diesen furchtbaren Kampfesjahren Ehre gemacht, Schande — die anderen."

Dieser rühmliche Kommentar des Züricher Blattes enthält eine Unrichtigkeit: Generalmajor v. Lettow hat sich nicht ergeben, sondern ist unter Durchbrechung der portugiesischen Linien südlich des Rovuma-Flusses in Portugiesisch-Ostafrika eingedrungen.

Der Bericht des Hauptquartiers.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Großes Hauptquartier, 9. Dezember.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In einzelnen Abschnitten der flandrischen Front, südlich von der Scarpe sowie zwischen Moeuvres und Bantuz kam es am Nachmittage zu lebhaften Artilleriekämpfen.

Auf der übrigen Westfront blieb die Gefechtstätigkeit gering.

Oestlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

Mazedonische Front

Nordöstlich vom Dojran-See wurden mehrere feindliche Kompagnien, die sich den bulgarischen Vorposten zu nähern versuchten, durch Feuer vertrieben.

Italienische Front.

Auf der Hochfläche von Asiago, am Monte Tomba und am Montello zeitweilig erhöhte Artillerietätigkeit.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

•

Berlin, 9. Dezember, abends.

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

• • •

In Flandern machte der Gegner am 8. Dezember vor Tagesanbruch mehrere starke Feuerüberfälle auf unsere Stellungen um Paschendaele und Zonnebeke. Von Mittag ab nahm das feindliche Artilleriefeuer im Abschnitt Blankaartsee—Zonnebeke und beiderseits des Kanals von Hollebeke an Stärke zu. Feuerüberfälle südlich Kalthof richteten sich wiederholt auf unsere Stellungen um Paschendaele.

Auf der Hauptkampffront südwestlich Cambrai keine Infanterietätigkeit. Das Artilleriefeuer war dagegen lebhaft und steigerte sich bei besser werdender Sicht weiterhin im Laufe des Tages. Die westlichen und südwestlichen Vorstädte von Cambrai erhielten wiederum starken Beschuß und erlitten schweren Schaden. Die englischen Berichte versuchen in verlogenen Sätzen die schwere Niederlage und ihre ungeheuren Verluste zu vertuschen und sprechen von freiwilliger unbemerkter Räumung der unhaltbar gewordenen Ortschaften. Wie überstürzt an vielen Stellen der englische Rückzug ausgeführt wurde, geht allein schon aus den großen Gefangenen- und Beutezahlen an Geschützen hervor. Bei ihrer teilweise hastigen Flucht ließ die englische Infanterie ihre Lebensmittelvorräte und Liebesgabenpakete in großen Mengen in der Stellung zurück. Westlich Villers—Guislain wurde von unseren Sturmtruppen ein unter Dampf stehender englischer Proviantzug erbeutet. Auf den Dächern seiner mit Lebensmitteln gefüllten Waggons, zu deren Vernichtung der Feind keine Zeit mehr fand, wurden sofort Maschinengewehre in Stellung gebracht und der fliehende Feind aus überhöhender Stellung reihenweise niedergemäht.

Staatsbankerott.

Von
Georg Bernhard.

Es scheint, als ob die Nachrichten über die Zahlungseinstellung des russischen Staates, die zuerst vom Reuterschen Büro verbreitet wurden, auf Wahrheit beruhen. Diese Zahlungseinstellung soll sich auf „alle Schulden des Staates, der Banken und der Eisenbahnen" erstrecken. Nun kann selbstverständlich ein Staat nur sich selbst fallit erklären. Und es dürfte wohl auch ausgeschlossen sein, daß die Petersburger Revolutionäre in die privaten Rechtsbeziehungen der russischen Bürger eingreifen wollen. Infolgedessen muß man bis auf weiteres annehmen, daß die wirklichen Privatgeschäfte der russischen Banken und der russischen Bahnen von der Bekanntmachung der Regierung nicht berührt werden. Dagegen scheinen die Revolutionäre die sehr ins weite gehende Form für ihre Verfügung um deswillen gewählt zu haben, weil sie damit auch all die vielen verschleierten Staatsgeschäfte treffen wollen, die gerade während des Krieges gemacht worden sind. Insbesondere soll sich wohl ihr Vorgehen gegen die Ausraubung Rußlands durch die Entente richten, die in Form von Konzessionsgewährungen und Bürgschaftsleistungen seitens der Banken unter der Zarenregierung und der ersten Revolutionsherrschaft verübt worden ist.

Auf diese Weise wird Deutschland von der russischen Zahlungseinstellung verhältnismäßig am wenigsten getroffen. Die Summe der reinen russischen Staatsanleihen, die das deutsche Kapitalistenpublikum besitzt, ist verschwindend gering im Verhältnis zum Besitz der uns feindlichen und einzelner neutraler Länder, wie z. B. Holland. Und ein großer Teil der russischen Eisenbahnobligationen, die sich in deutschen Händen befinden, sind wohl mit Staatsgarantie versehen, aber für die Schuld selbst haftet als privatrechtliche Verpflichtung das Eigentum der Bahnen, von denen einige sich durchaus nicht schlecht rentierten. Diese und ähnliche Beziehungen, insbesondere die engen Verbindungen, die im Frieden zwischen deutschen und russischen Banken bestanden haben, bleiben ihrer Natur nach unangetastet. Sie ruhten während des Krieges ja sowieso. Denn durch die Zahlungsverbote haben unsere Kapitalisten während sämtlicher Kriegsjahre nichts erhalten. Und an ihrer Lage ändert sich daher auch durch das Revolutionsedikt nichts. Ganz anders liegen die Dinge aber insbesondere für Frankreich. Dort sind russische Staatswerte in vielen Milliarden gerade in die kleinsten Anlegerkreise hineingetrieben worden. Die Kosten für die Vorbereitung des Krieges Rußlands gegen Deutschland hat nicht etwa der französische Staat, sondern haben die französischen Staatsbürger und Rentner getragen. Man dürfte den Einnahmeausfall, den Frankreich durch den russischen Staatsbankrott jetzt jährlich erleidet, mit einer Milliarde Franken wahrscheinlich nicht zu hoch veranschlagen. Darin sind aber noch nicht die Summen einbezogen, die als Zinsen für die Schulden der Kriegszeit nach Frankreich und auch nach England zu bezahlen waren. Und endlich kommen dazu noch die Zinszahlungen, die von französischen Banken und Industriellen aus laufenden Geschäften von Rußland zu fordern sind. Für diese Geschäfte gilt allerdings, wie oben bereits angedeutet wurde, nicht die Staatsbankrottverfügung der neuen russischen Regierung. Aber es hat den Anschein, als ob jene umfassende Verfügung gleichzeitig auch als Zahlungsverbot für ausländische Verpflichtungen aufzufassen ist. Das Schuldverhältnis selbst wird durch sie nicht berührt. Aber Kapital- und Zinszahlungen sind vorläufig aufgeschoben. Rechnet man das alles zusammen und berücksichtigt man den verminderten Wert, den die russischen Staatsanleihen durch den Bankrott haben, so bedeutet die russische Zahlungseinstellung für Frankreich allein (ohne Berücksichtigung von England und Amerika) einen jährlichen Einnahmeausfall von über anderthalb Milliarden Franken und einen Kapitalverlust von nahezu 15 Milliarden Franken.

Das sind dauernde Verluste. Denn vom rein finanziellen Standpunkt aus gesehen bedeutet die Verfügung der

russischen Machthaber nicht etwa eine voreilige Maßnahme unerfahrener Phantasten. Sie ist vielmehr das Eingeständnis einer bitteren Notwendigkeit, die nur durch mehrere Jahre von den alten Regierungen mit Fleiß verschleiert worden ist. Schon seit Beginn des Krieges erhalten die französischen Kapitalisten ihre Zinsscheine von den französischen Banken bezahlt, die dem russischen Staat die notwendigen Beträge vorgeschossen haben. Und ähnlich ist es eigentlich schon seit vielen Friedensjahrzehnten gewesen. Rußlands **Handelsbilanz** war zwar im Frieden aktiv. Aber seine **Zahlungsbilanz** war dauernd passiv infolge der enormen Zahlungsverpflichtungen für Zinsen an die Staats- und Privatgläubiger. Rußland lebte daher zur Ausgleichung seiner Zahlungsbilanz von den immer neuen Geldsummen, die das Ausland vorschießen mußte. Was Kenner des russischen Kredites schon seit einem Dutzend Jahren immer predigten, war das Kernübel der russischen Finanzwirtschaft: Ein Agrarland mit ganz geringem mobilen Kapital hatte sich künstlich eine Goldwährung aufgepfropft, die ihm unerfüllbare Verpflichtungen an Goldzahlungen ans Ausland auferlegte. Für die Gesundung der russischen Finanzen gab es nur eins: die Wiedereinführung der Silberwährung, die der wirtschaftlichen Entwicklungsstufe des Landes angemessen war. Man nahm schon bei der ersten russischen Revolution im Jahre 1905 an, daß einer der ersten Beschlüsse der Duma sein würde, den Rubel auf seinen wirklichen Wert zurückzuführen und dadurch zwei Drittel der Schuldlast der Bevölkerung fortzunehmen. Jetzt hat endlich die große Kriegsrevolution den Mut aufgebracht, das zu tun, was schon lange vonnöten war. Und damit ist endlich eine Grundlage geschaffen, auf der einmal nach dem Kriege die russischen Finanzen ihrer Gesundung zugeführt werden können.

Für die Richtigkeit unserer Auffassung zeugt die Tatsache, daß nach dem Bekanntwerden des Staatsbankrotts an den französischen und namentlich an den holländischen Börsen der russische Rubelkurs nicht weiter gesunken ist. Denn selbstverständlich bedeutet die russische Zahlungseinstellung eine außerordentliche Entlastung für den Rubelmarkt. Ist doch durch diese Gewaltmaßnahme die russische Zahlungsbilanz mit einem Schlage entlastet, weil das Ueberangebot von verkäuflichen Forderungen auf Rußland in dem gleichen Augenblick verschwand, wo diese Forderungen nichtig wurden. Keine russische Regierung wird es künftig mehr wagen dürfen, dem Volke die Schulden wieder aufzuhalsen, von denen die Revolution es befreite. Deshalb ist aber andererseits der verhältnismäßig ruhige Kurs, der heute an den ausländischen Börsen noch für **russische Anleihen** notiert, um so künstlicher. Die französischen Bankmächte halten anscheinend diese Kurse, um dem französischen Volke noch nicht den ganzen Umfang der Katastrophe einzugestehen.

Denn eine **Katastrophe** von gar nicht abzuschätzender Bedeutung ist diese Zahlungseinstellung insbesondere für Frankreich. Und daß die russischen Machthaber jetzt das Fallbeil, das schon lange über Frankreich hing, hinabsausen ließen, beweist, daß sie es für an der Zeit halten, den schärfsten Druck anzuwenden, um die Franzosen **friedenswillig** zu machen. Ihre Maßnahme ist gleichzeitig eine ganz besonders schlagkräftige Antwort auf die maßlosen Beschimpfungen, mit denen in ihrer ohnmächtigen Wut die französische Presse in Uebereinstimmung mit den französischen Regierungsmännern die Maximalistenregierung in Petersburg bedacht hat. Und sie ist auch gleichzeitig eine Antwort auf **Englands** und **Amerikas Drohung**, die weiteren Hilfszahlungen an Rußland einzustellen. Rußland erklärt, die Hilfszahlungen nicht mehr zu brauchen. Denn aus zwei Gründen mußten sie geleistet werden: damit Rußland sich Waffen und Munition kaufen und damit es seine Zinsen bezahlen konnte. Darauf antwortet Rußland: Es führt keinen Krieg mehr, braucht also weder Waffen noch Munition. Es zahlt keine Zinsen mehr, braucht mithin auch keine Vorschüsse weiter dazu.

Man muß es Lenin, Trotzki und ihren Genossen lassen: sie verrichten gründliche Arbeit. Man hat zunächst über die Leute gespottet, die noch bis vor kurzem gewohnt waren, an den Kaffeehaustischen in Paris, Wien, Bern und London alle Probleme der Welt durch Disputation zu lösen. Aber diese Propagandisten der Tat haben sich als Männer der Tatkraft erwiesen. Nicht bloß im Innern, sondern auch in der äußeren Politik. Auch bei uns galt ja bis in die Kreise unserer Reichstagsabgeordneten hinein noch als allgemein gültige Wahrheit, daß man die **Akten** kennen muß, um auswärtige Politik zu treiben. In Wirklichkeit ist das stets eine Ausflucht derjenigen, die keine **Ideen** haben. Für solche „Diplomaten" ist erst etwas in der Welt, wenn es in den Akten steht. Für den gesunden Menschenverstand ist das gerade Gegenteil richtig: Die Akten geben das schiefste Zerrbild der Welt. Der Aktenstaub trocknet das Gehirn aus und tötet jeden Gedanken. Hat Bismarck etwa die Idee zur Reichsgründung aus irgend einem Aktenbündel gehabt? Und die Lenin und Trotzki setzen eine Welt in Bewegung, nachdem sie die wichtigsten Blätter aus den Akten der russischen Geheimdiplomatik herausgerissen, in die Welt verstreut und damit die Existenz der auf ihnen beurkundeten Verträge vernichtet haben. Dieselben „undiplomatischen" Leute haben — man denke: ohne Examen! — einen diplomatischen Meisterstreich geführt, als sie die Unterredung des militärischen Agenten Amerikas mit dem „Kameraden" Trotzki veröffentlichten. Ohne Skrupel und zum großen Entsetzen Amerikas, das wahrscheinlich nicht geglaubt hatte, so schnell seinen Versuch in der Zeitung festgenagelt zu sehen, Zwietracht in die russischen Parteien und zwischen die deutschen und russischen Unterhändler zu säen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika befinden sich ja überhaupt in einer eigenartigen Lage. Präsident **Wilson**, der der Freiheit der Völker in den höchsten Tönen das Wort geredet hat, ergreift in dem Augenblick Partei gegen das seiner Nation verbündete russische Volk, in dem es sich auf sein Selbstbestimmungsrecht besinnt. Und gerade, da Rußland sich zum Frieden mit Deutschland und dessen Verbündeten Oesterreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien rüstet, verlangt er von seinem Volk, daß es nun auch noch diesen Nationen den Krieg erkläre. Was aber noch nicht allgemein bekannt sein dürfte, ist die Tatsache, daß der intimste Freund des Präsidenten Wilson, Oberst **House**, auf der kürzlich abgehaltenen Pariser Konferenz der Alliierten geradezu als **Kriegshetzer** aufgetreten ist.

Wie erklärt sich dieses Verhalten des Präsidenten, und wie erklärt sich überhaupt jene wunderliche Botschaft, die aus einem Nebelreich zu kommen schien, das „nicht von dieser Welt" ist? Präsident Wilson ist nicht naiv. Präsident Wilson weiß auch ganz genau, was in Europa vorgeht. Wir halten es deshalb für ganz ausgeschlossen, daß er etwa darauf brennen sollte, seine Truppen auf die europäischen Schlachtfelder zu schicken, um sie dort hinmorden zu lassen. Es befestigt sich bei uns immer mehr der Glaube, daß er zwei Ziele verfolgt: er will den Kriegszustand weiter andauern lassen, um seine Rüstungen zu vollenden, die sich nicht gegen Deutschland, sondern nach ganz anderer Seite richten. Und er will gleichzeitig England schützen, indem er glaubt, daß seine große Geste, wie schon so oft, wieder einmal auf uns einen ungeheuren Eindruck machen wird. Lord Lansdowne, Lloyd George und Wilson spielen geschickt mit verteilten Rollen.

Daß dieses Versteckspielen auf unsere Politiker sonderlich wirken wird, hoffen wir nicht. Wenn England und Amerika den Krieg noch weiter hinauszögern, so kann das unsere aufrichtigen Verhandlungen mit den Vertretern des russischen Volkes nicht hindern. Im Gegenteil: das kann nur dazu [illegible] diejenigen auf unsere Seite zu bringen, die für die nächsten Jahre in England und Amerika ihre gegebenen Feinde sehen müssen. Der Friedensweg nach Petersburg ist nur eine Etappe auf der großen Bündnisstraße, die weiter nach Osten führt. Trotzki hat — ohne „diplomatische" Bedenken — das Wort ausgesprochen, **Japan** sei kein Gendarm, der die Interessen Englands wahrnehme. Dieses Wort sollten wir sehr beachten. Denn darin liegt die Besonderheit der Volksmänner, die keine Diplomaten sind: Ihre Stellung beruht auf dem Glauben ihres Volkes an sie. Sie dürfen sich nicht Lügen strafen lassen. Und deshalb dürfen auch wir ihren Prophezeiungen glauben. Mehr als den — Akten.

Ein Aufruf Krylenkos.

Drahtmeldung.

Petersburg, 4. Dezember. (Verspätet eingetroffen.)

Oberbefehlshaber **Krylenko** hat über die Aufhebung des gegenrevolutionären Hauptquartiers die folgende **Kundgebung** an die Mannschaften und Seeleute gerichtet:

„Ich bin an der Spitze der revolutionären Truppen in **Mohilew** eingerückt. Das von allen Seiten umzingelte Hauptquartier hat sich ohne Kampf **ergeben**. Das **letzte Hindernis zur Erreichung des Friedens ist gefallen.**

Ich kann die traurige Tatsache der Ermordung des früheren Oberbefehlshabers **Duchonin** nicht mit Stillschweigen übergehen. Der Haß des Volkes hat über die Stränge geschlagen. Trotz aller Versuche, Duchonin zu retten, wurde er aus dem Wagen gerissen und getötet. Die Flucht des Generals Kornilow am Vorabend des Falles des Hauptquartiers war die Ursache der Ausschreitungen. Ich kann die Befleckung der Fahne der Revolution nicht zulassen. Derartige Handlungen müssen auf das strengste **verurteilt** werden. Seid der errungenen Freiheit würdig! Befleckt nicht die Macht des revolutionären Volkes, das kühn im Kampfe, großmütig als Sieger sein muß!

Kameraden! Nach dem Fall des Hauptquartiers gewinnt der Kampf für den Frieden neue Kraft. Die Revolution und die Freiheit ruft Euch auf zur Einigkeit und Manneszucht.

Der Oberbefehlshaber.
Krylenko."

„Prawda" meldet vom 4. Dezember: Von Krylenko traf folgendes Telegramm ein: „Das Hauptquartier ist **aufgelöst** worden. Morgen reise ich von Mohilew ab und trete mein Amt an."

Ein neuer Soldatenkongreß.

Drahtmeldung.

Stockholm, 8. Dezember.

Der hiesige Bolschewiki-Vertreter meldet aus Petersburg. Der zweite **Kongreß der Frontsoldaten** ist hier eröffnet worden. Zum Präsidenten wurde der Fähnrich Mjasnikoff gewählt.

*

„Prawda" meldet vom 8. Dezember: Der **Eisenbahnerverband** übernahm auf Vorschlag des Sowjet das **Eisenbahnministerium.**

Der Rat der Volkskommissare hat die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte als Staatseinrichtungen bevollmächtigt, die **Steuern** zu erheben.

Das Volkskommissariat (Ministerium) setzte für alle Staatsbeamten das **gleiche Monatsgehalt** in Höhe von 500 Rubel fest. Verheiratete erhalten eine monatliche Zulage von 100 Rubel.

„An allem ist Hütchen schuld."

Siegfried Wagners neues Bühnenwerk.

Stuttgart, 7. Dezember.

Als erste Uraufführung dieses Winters brachte die Hoftheaterleitung des Barons von Putlitz, der mit den zeitgenössischen Dichtern und Musikern enge Fühlung hält, das neue Märchenspiel: „An allem ist Hütchen schuld", zu dem Siegfried Wagner sowohl die Dichtung als die Musik geschrieben hat. Ueber die glänzende Aufnahme ist schon kurz gedrahtet worden. Zwar entscheiden auch die günstigsten Kundgebungen nicht über Verbleib und Verbreitung eines Stücks. Doch darf man vermuten, daß sich dies reizende, unterhaltsame Märchenspiel seinen Weg bahnen werde.

Eine ganze Reihe Grimmscher Märchen taucht wieder vor uns auf. Hauptpersonen sind das Katherlieschen und der Frieder; auch fehlt nicht Gevatter Tod und der Teufel in der Hölle, der drei goldene Haare lassen muß. Zusammengehalten wird die bunte Welt durch einen im Sinn des Märchens erfundenen Kobold, den sein Hütchen als Tarnkappe unsichtbar macht. Er freut sich, Unruhe und Unordnung zu stiften. Er bewegt die Handlung, doch so, daß die hauptbeteiligten Personen ihre Eigenart noch hervortreten lassen. Das Katherlieschen bleibt nicht die Dumme oder Gefoppte, sondern macht dem Unwesen des Unholds schließlich ein Ende.

Ihre Liebe zu Frieder leidet im ersten Akt unter dem Wettbewerb der reichen Trude, die sich mit dem Hexenweibchen einläßt, weil sie sonst nichts ausrichtet. Dafür wird sie im dritten Akt selber zur Hexe. Ihren Anschlägen gegen die Nebenbuhlerin kommt Hütchen zu Hilfe, indem es Katherlieschen in falschen Verdacht des Diebstahls bringt. Frieder will mit ihr fliehen; man hält sie zurück, und Trude gibt ihnen die schwierigsten Aufträge; außerdem müssen sie einander meiden und den Trennungswillen mit einem Schwur bekräftigen.

Es gehört eine eigene Begabung dazu, trotz Eingreifens des Märchenhaften den Gestalten soviel Leben mitzuteilen, wie in diesem ersten Akt geschehen ist, der die Personen zum Abergläubischen und Wunderbaren geneigt schildert, und zugleich alle ihre Aeußerungen mit der Gnadensonne eines köstlichen Humors wärmt. Abenteuerlich mutet der zweite Akt an, der uns an Himmel, Wald und Hölle vorbeiführt. Vom Katherlieschen wird der Tod, vom Frieder der Teufel betrogen. Die humorvoll behandelte Szene des Sakristans und der Müllerin (nach Andersen), und eine Reihe anderer Einschaltungen finden im epischen Rechte der Märchenwelt ihre Erklärung; doch vermindern sie zugleich die dramatische Spannkraft, die dem ersten Akte eignet.

Ein breites Vorspiel eröffnet das Ganze. Gleich die erste Melodie (zu Katherlieschen gehörig) hat etwas ungemein Warmes und Junges. Auf die Uebergänge, den Aufbau, die Klangschönheit ist ausgesuchte Sorgfalt verwendet. Die Musik begleitet dann die Handlung in der Weise, daß plastische, verständliche Themen vorgezogen werden, die öfters den allgemeinen Stimmungshintergrund andeuten; äußere Vorgänge werden ohne giftige Dreingabe ins Musikalische übersetzt. Im zweiten Akt halten Zwischenspiele die Einbildungskraft beschäftigt.

Der dritte Akt bringt fürs erste Hören manch merkwürdige Ueberraschung; offenbar ist alles vermieden, was nach einer glatten Lösung des Lustspiels aussieht. Der Hochzeitstanz gibt Gelegenheit, Hütchens Tollheit noch einmal loszulassen: das Fest endet in Rauferei, ein köstlicher Einfall, der nebenbei auf die Handfestigkeit der um Bayreuth herum wohnenden „Lallel" und „Lümmel" anspielt und so der Ortsfarbe noch einen humoristischen Fleck aufsetzt. Zuletzt wird Hütchen doch entdeckt und freigelassen. Aber es rächt sich für die bewiesene Gutherzigkeit: das Haus stürzt ein, es gibt Trümmer und Tote. Aber Tod und Teufel, die nach ihrer Beute herumlüstern, vertreibt schließlich Frieders Knüppel aus dem Sack, und Katherlieschen macht mit einem Wunderbalsam alle wieder lebendig.

Das Psychologische ist nun freilich durch das viele gegenständliche Geschehen des zweiten und dritten Aktes etwas eingeengt. Trotzdem wird einer, der zur Märchenwelt ein lebendiges Verhältnis hat, das ganze anziehend, bedeutsam und wertvoll finden. Gerade dieses neue Werk Siegfried Wagners dürfte geeignet sein, Vorurteile auf gelinde Art zu entkräften. Wir hoffen, daß man der Stuttgarter Bühne, wie in so manchem andern Fall, für das bahnbrechende Vorgehen danken wird.

Dr. **Karl Grunsky.**

„Verehrung". Aus **Frankfurt a. M.** drahtet uns **Kasimir Edschmid: Paul Kornfelds** „Verehrung" ist im Schauspielhaus aufgeführt worden. Das Stück wurde mit Spannung auf der Bühne erwartet, nachdem es als Buch schon bekannt war, denn hier wird der Versuch gemacht, weit über Strindbergs symbolische Dramen hinaus das Reinmenschliche zu geben, das große Pathos der Gefühle schrankenlos walten zu lassen und mit in der zeitgenössischen Dramatik seltener Bestimmtheit den absoluten Stil aufzustellen. Doch hielt das Stück auf der Bühne nicht ganz, was es versprach; denn die dramatische Spannung wurde nicht voll ersetzt durch lyrisches Pathos, und die stets erzeugte Höhe des Gefühls schwächte sich selbst. Es wurde teils gegen das Stück protestiert, teils wurde der Autor lebhaft gerufen.

Eva von der Osten und Tino Pattiera.

Gastspiel im Deutschen Opernhaus.

Im Deutschen Opernhaus gab es gestern eine überaus eindrucksvolle Aufführung der „**Carmen**". Sie verdankte die Besonderheit ihrer Art zwei hervorragenden Gästen, die ihre Kunst in den Dienst der Wohltätigkeit gestellt hatten. Zum Besten des 1. Garderegiments war nämlich die Vorstellung veranstaltet worden. **Eva von der Osten** als Carmen, **Tino Pattiera** als Don José — zwei Leistungen, die man so leicht nicht vergißt. Eine üppige, reife Carmen; das erfahrene Weib, dessen Sinnlichkeit keine Grenzen kennt, dem das Spiel mit den Männern zur Gewohnheit geworden ist; ungezügelt in ihrer Leidenschaftlichkeit tritt sie dem Don José entgegen, und seine Unfähigkeit, ihren Verführungskünsten zu widerstehen, wirkt eminent glaubhaft. Ja, die Osten ist eine Künstlerin, die Rasse hat und die gestalten kann. Von ihrem Spiel ist kaum zu reden; sie spielt nicht, sie erlebt die Carmen. Und das Singen und das Spielen, das geht alles in einem auf, gibt eine wundervolle Harmonie.

Pattiera ist in seiner leichten Unbeholfenheit, die er beinahe zu einem künstlerischen Ausdrucksmittel umwertet, ein kräftiger Gegensatz; der gesunde, gute Junge kommt wirksam heraus. Einen echten Tenor führt er ins Treffen, wie er heute eine Seltenheit ist. Wenn er seine hohen, glanzvollen Töne hinlegt, denkt man unwillkürlich an Caruso; auch sonst in den Eigenheiten des gesanglichen Ausdrucks ergeben sich Aehnlichkeiten. Die **Blumen-Arie** trägt ihm einen lebhaften Beifall bei offener Szene ein. Dem Ensemble des Deutschen Opernhauses kann nichts Rühmlicheres nachgesagt werden, als daß es standhält; die Leistungen der Gäste, von so kraftvoller Individualität sie auch zeugen, gehen gefällig und harmonisch in ihm auf! Der famose Escamillo des **Julius Roether** sei besonders hervorgehoben.

Ignatz Waghalter dirigierte mit Energie und tiefem, stürmisch ausbrechenden Temperament. Die Dankbarkeit des Publikums entlud sich nach den Aktschlüssen in lang andauernden Beifallskundgebungen.

M. M.

Dr. Arthur Westphal, der Theaterkritiker der „Welt am Montag" ist am 2. Dezember im Westen gefallen. Er war erst wenig über dreißig Jahre alt. Und am Tode dieses jungen **Kritikers, der** einen klugen Kopf und ein **heißes Herz hatte**

Die Beamtenschaft in der Neuordnung.

Politische Wünsche der Beamtenverbände.

Im Lehrervereinshaus hielt am gestrigen Sonntag die „Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände" eine Versammlung ab. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: Die Wünsche der Beamten zur Umgestaltung des Herrenhauses, sprach der Hamburger Schriftleiter Albert Falkenberg. Er führte aus: Auch die Beamten hätten den Anspruch auf eigene Vertretung im Herrenhaus, die die bisherige durch Oberbürgermeister, Professoren und Geistliche nicht leisten könne. Auf vaterländischem Boden seien die heutigen Forderungen der Zweimillionenschicht im deutschen Volke, die sich zu einem Deutschen Reichsbund der Beamten zusammenzuschließen im Begriffe steht erwachten, und müssen die ihr gebührende Berücksichtigung finden. Ueber die Art und Weise dieser Vertretung sprach der Syndikus Rechtsanwalt Dr. Jacques Abraham. Die Auswahl müsse auf breitester Grundlage geschehen. Sie müsse, wie Postsekretär Wiedmann ausführte, aus Beamtenausschüssen und -kammern hervorgehen. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Die versammelten Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten und Lehrer vertreten die Auffassung, daß die Beamtenschaft in Rücksicht auf ihre Zahl und Bedeutung im Volkskörper grundsätzliche Anerkennung durch Beteiligung der Lösung der Zukunftsaufgaben fordern können. Zur Erreichung dieses Zieles sei es nötig, daß der Beamtenschaft mit Einschluß der Lehrerschaft eine Vertretung im preußischen Herrenhause zuerkannt wird, daß durch Gesetz Beamten-Ausschüsse und Beamten-Kammern zugebilligt werden, und daß die Berufsvereine der Beamten und Lehrer als ihre gegebene Standesvertretung anerkannt werden.

Es wurden dann noch die Beschränkungen im Vereinsrecht der Beamten durch Direktor Dr. Höfle besprochen, der verlangte, daß den Beamten vor allem im Rahmen des allgemeinen Koalitionsrechts das Recht auf Zusammenschluß zugebilligt werde.

*

Die beiden Vorsitzenden des „Reichsverbandes Deutscher Städte", dem zurzeit 900 kleinere und mittlere Städte angeschlossen sind, Bürgermeister Saalmann in Pleß und Erster Bürgermeister Dr. Belian in Eilenburg, wurden am 8. Dezember vom Staatsminister Dr. Drews empfangen. In der Frage der Umformung des Herrenhauses wünschten sie eine Wahl der Städtevertreter durch die Provinziallandtage zu vermeiden und empfohlen Einrichtung besonderer Wahlkörper der beteiligten Städte. Auf die Frage nach dem Stande der Verwaltungsreform wurde mitgeteilt, daß zu den Drewschen Vorschlägen das Staatsministerium noch nicht endgültige Stellung genommen habe.

Die flämischen Kriegsgefangenen.

Ueber die Gründe zu einer besonderen Behandlung der flämischen Kriegsgefangenen wird uns geschrieben: Es dürfte wohl allgemein bekannt sein, welch schweren Kampf das aus germanischem Stamme entsprossene flämische Volk in Belgien für seine Befreiung aus jahrzehntelanger, planmäßig betriebener Unterdrückung durch den völlig französisch denkenden und unter französischem Einfluß stehenden anderen Teil der belgischen Bevölkerung und der belgischen Regierung schon vor dem Kriege geführt hat. Die Besetzung des größten Teiles von Belgien nach Ausbruch des Krieges durch deutsche Truppen hat bewirkt, daß dieser Kampf nach einer durch die Kriegsereignisse bedingten Ruhepause in verstärktem Maße entbrannt ist. Die zielbewußten Führer der Flamen haben bald erkannt, daß es ihnen nur mit Hilfe des deutschen Volkes gelingen könne, die ersehnte Wiedererlangung ihrer völkischen und politischen Selbständigkeit zu erreichen. Das Generalgouvernement in Belgien hat nicht gezögert, die Flamen nach Kräften in ihren nationalen Bestrebungen zu unterstützen. Es ist selbstverständlich, daß man in Deutschland regen Anteil nimmt an der Entwicklung des flämischen Volkstums. Aber auch die Arbeitgeber sollen sich vor Augen halten, daß die in ihrem Dienste stehenden flämischen Kriegsgefangenen einem Volke deutscher Abstammung angehören, das um seine Freiheit ringt, daß der Ausgang dieses Kampfes für Deutschland von der größten Bedeutung ist, und daß es deshalb Pflicht jedes Deutschen sein muß, alles zu tun, was zur Stärkung des Nationalbewußtseins bei den Flamen und dadurch zur Förderung des germanischen Stammesgefühls beitragen kann.

Aus den Parteien.

Vaterlandspartei und Bund der Kaisertreuen. Der Vorstand der Deutschen Vaterlandspartei sendet uns eine Erklärung, in der es heißt: „Die Deutsche Vaterlandspartei steht der Gründung und den Zielen des angeblich gegründeten oder beabsichtigten „Bundes der Kaisertreuen" vollständig fern. Sämtliche leitenden Persönlichkeiten der Vaterlands-Partei haben erst aus den Zeitungen von der Tatsache der Gründung dieses Bundes etwas erfahren. Mit keiner der leitenden Persönlichkeiten ist über die Sache verhandelt worden. Die meisten Unterzeichner des Aufrufes sind der Vaterlands-Partei völlig unbekannt. Die Deutsche Vaterlands-Partei hat, wie auch der Aufruf des „Bundes der Kaisertreuen" ausdrücklich betont, mit innerer Politik nicht das geringste zu tun."

Auch Großadmiral v. Tirpitz äußert sich in einem Schreiben an uns, daß er und die gesamte Vaterlandspartei von der Gründung des Bundes der Kaisertreuen erst durch die Zeitungen Kenntnis erhalten hätten: „Wir stehen dieser Gründung vollständig fern und haben mit ihren Zielen nichts zu tun." Aus dem Aufruf des Bundes der Kaisertreuen, der seinerzeit der „Vorwärts" wörtlich wiedergab, glaubten wir folgern zu müssen, daß es sich um eine — als solche beabsichtigte — Ergänzung der Vaterlandspartei handle, denn in dem Gründungsaufrufe heißt es ausdrücklich: „Die Deutsche Vaterlandspartei kämpft gegen die gleichen Gegner wie wir, um Deutschland einen Frieden zu erringen, der sein weiteres Gedeihen sichert. Allein sie hat in bestimmtester Weise öffentlich kundgetan, daß sie an den innerpolitischen Streitigkeiten Deutschlands keinen Anteil nehmen wolle. Nach dieser Richtung hin soll und wird der „Bund der Kaisertreuen" sie ergänzen."

Zu einer Verständigung der Wahlrechtsgegner wird in der „Post" von parlamentarischer Seite geraten. Darin heißt es: „Es ist bereits jetzt offenbar, daß die entschiedenen Anhänger des gleichen Wahlrechts im Abgeordnetenhause stark in der Minderheit sind, und daß auch abgesehen von denjenigen, deren Stellung noch zweifelhaft ist, die Zahl der Gegner weit überwiegt. Auch soviel steht schon jetzt fest, daß diese an eine einfache Ablehnung des gleichen Wahlrechts nicht denken, vielmehr in der Auffassung übereinstimmen, daß an Stelle dessen eine andere Form des Wahlrechts in die Vorlage eingeführt werden müsse. Darüber aber, was an Stelle des gleichen Wahlrechts gesetzt werden soll, gehen anscheinend die Meinungen noch auseinander. Ein Teil der Gegner des gleichen Wahlrechts hat mit positiven Vorschlägen überhaupt noch zurückgehalten, von konservativer Seite wird die berufsständische Wahl, von anderer ein Mehrstimmrecht befürwortet. Wollen die Gegner des gleichen Wahlrechts zu einem Erfolg gelangen, so wird es aber unbedingt notwendig sein, daß sie sich möglichst bald über diejenige Form des Wahlrechts verständigen, welche dem gleichen Wahlrecht entgegengesetzt werden soll. Nur wenn sie sich zu einer festen und starken Mehrheit vereinigen, können sie auf Erreichung ihrer Absichten rechnen."

Der Hansabund über das Handelskammergesetz. Der Zentralausschuß für die Gesamtinteressen des deutschen Großhandels beim Hansa-Bund (weiterer Ausschuß) hat in einer Sitzung am 7. Dezember eingehend den Gesetzentwurf zur Abänderung des Handelskammergesetzes erörtert; die Anregungen des Zentralausschusses sollen dem am 15. Dezember zusammentretenden Direktorium unterbreitet werden. Eine ausgiebige Erörterung über die Praxis des Kriegswucherrechts erach wertvolle Anregungen für die in Aussicht stehende Neukodifikation des Kriegswucherrechts, die den zuständigen Stellen durch eine besondere Eingabe übermittelt werden sollen.

*

Oberbürgermeisterwahl in Weimar. Bei der Oberbürgermeisterwahl in Weimar wurde am Sonnabend Oberbürgermeister Dr. Donndorf wiedergewählt.

Baron Beck Friis, der schwedische Gesandtschaftssekretär in Paris, ist zum Gesandten in Madrid und Lissabon ernannt worden.

Neue Geheimakten.

Drahtmeldung.

Stockholm, 8. Dezember.

Heute gelangte die Petersburger „Iswestija", das Organ des Arbeiter- und Soldatenrates, vom 27. November an. Der Leitartikel der vorliegenden Nummer behandelt die Erklärungen des französischen und des amerikanischen Militärattachés an General Duchonin, die von der „Iswestija" wie folgt wiedergegeben werden:

General Tscherbatschew (der kommandierende General an der russisch-rumänischen Front) an General Duchonin:

Der Chef der französischen Militärmission, General Berthelet, hat mir nachstehende schriftliche Erklärung übergeben:

„In dem Bericht des russischen Hauptquartiers vom 21. November wird nichts gesagt über die Lage an der Front, statt dessen aber ein Befehl des Rats der Volkskommissare wiedergegeben, welcher dem Höchstkommandierenden vorschlägt, mit den Kommandobehörden des Gegners Unterhandlungen über sofortige Einstellung der Feindseligkeiten zu beginnen und zu Friedensverhandlungen zu schreiten. Ich ersuche Sie, dem russischen Oberkommando, dem Sie zugeteilt sind, zu erklären, daß Frankreich die Gewalt des Rats der Volkskommissare nicht anerkennt und, überzeugt von dem Patriotismus russischen Oberkommando, dem Sie zugeteilt sind, zu erklären, entschieden jegliche verbrecherische Verhandlungen ablehnen und die russische Armee an der Front gegen den gemeinsamen Feind festhalten wird. Ferner hat Frankreich, welches sich mit Rußland durch die früheren militärischen Abkommen gebunden trachtet, bereits erklärt und erklärt aufs neue bestimmt, daß es in Rußland keine Macht anerkennt, die imstande wäre, mit dem Gegner ein Uebereinkommen zu treffen."

Tscherbatschew 2./12. 1917 an den Generalstabschef, Petrograd.

„Ew. Exzellenz! Mein Augenmerk ist auf nachstehende aus den Vereinigten Staaten kommende Meldung der Presse gelenkt worden:

„Die amerikanische Regierung erklärte, daß keinerlei Transporte von Kriegsmaterial oder Lebensmitteln nach Rußland abgefertigt werden würden, solange sich nicht die Lage im Lande geklärt hat. Die Regierung wünscht vor der Erlaubnisverteilung für den Abtransport amerikanischer Produkte zu wissen, in wessen Hände sie in Rußland fallen werden. Die Ausfuhr nach Rußland wird erst nach Formierung einer festen Regierungsgewalt, welche von den Vereinigten Staaten anerkannt werden kann, wieder aufgenommen werden, Falls aber die Bolschewiki am Ruder bleiben und ihr Programm des Friedensschlusses mit Deutschland durchführen sollten, so bleibt das augenblickliche Ausfuhrverbot nach Rußland in Kraft. Die Kredite an die provisorische Regierung in Rußland erreichen augenblicklich 425 Millionen Dollar, wovon 191 Millionen bereits angewiesen sind, und ein großer Teil dieser Summe ist für den Ankauf von Vorräten verausgabt, welche bereits absendungsfähig sind. Die von Amerika für den Transport dieser Frachten bestimmten Schiffe sind fahrbereit. Sie werden aber nicht die Erlaubnis erhalten, die Häfen zu verlassen, und es wird ihnen die Kohle verweigert werden."

Die „Iswestija" übt an diesen beiden Dokumenten scharfe Kritik: „Sollte man nicht annehmen, daß sich Herr Clemenceau einbildet, es werde ihm gelingen, dem russischen Volke sein Programm aufzuzwingen?" Die nordamerikanische Plutokratie sei anscheinend einverstanden, Rußland nur gegen die Häupter russischer Soldaten Lokomotiven zu geben. „Wir halten dieses Aequivalent für zu hoch. Ihr Herren Diplomaten, darin liegt ja gerade der Sinn der Revolution vom 25. Oktober! Das russische Volk ist nicht einverstanden, freundschaftliche, wirtschaftliche und politische Beziehungen zu seinen jetzigen Verbündeten solange mit seinem Blut zu erkaufen, bis es dem Herrn Clemenceau oder den New Yorker Königen der Rüstungsindustrie genehm sein wird. In der Politik muß man mit Tatsachen rechnen, ob sie angenehm sind oder nicht; die Macht der Sowjets bedarf nicht der Anerkennung des Herrn Clemenceau. Wir gehen zum Frieden auch über alle Hindernisse hinweg."

* * *

Petersburg, 8. Dezember.

Havasmeldung.

Die heute veröffentlichten Geheimurkunden enthalten ein an den Minister des Auswärtigen am 7. August 1917 gerichtetes Telegramm des Geschäftsträgers in London über eine Beratung der Londoner Konferenz über die Ueberführung von englischen Truppen von Saloniki nach Palästina und die Absicht Englands, Mazedonien von seinen Truppen räumen zu lassen. Ferner eine Note des Geschäftsträgers in London an den Minister des Auswärtigen vom 3. August 1917, über eine Geheimsitzung der Londoner Konferenz und die in dieser erörterten Fragen, unter anderem die Frage der Ueberführung von englischen Truppen nach Saloniki und die Notwendigkeit, einen allgemeinen Operationsplan aufzustellen. Endlich ein von Sonnino gestelltes Ansuchen um Artillerie und Munition zu der Frühjahrsoffensive. Der Geschäftsträger bemerkt dazu: „Alle Minister stellten die Unmöglichkeit fest, mit der Mitwirkung Rußlands zu rechnen."

Die deutsch-russischen Verhandlungen.

Entente-Fälschmeldungen.

In Dänemark werden von französischer Seite Meldungen verbreitet, Deutschland habe die Absicht, von Rußland bei den Friedensverhandlungen zollfreie Wareneinfuhr für 16 Jahre zu erlangen.

Auch die Zeitung „Hufvudstadsbladet" in Helsingfors meldet: In Finanzkreisen Petersburgs ist das Gerücht verbreitet, daß Deutschland bereit sei, einen Frieden ohne Kontributionen mit Rußland zu schließen. Deutschland wollte sich nur das Recht vorbehalten, während fünfzehn Jahren Waren zollfrei in Rußland einzuführen.

In diesen Meldungen, die nur zur Beunruhigung der russischen öffentlichen Meinung erfunden sind, ist, wie das Wolffsche Büro mitteilt, kein wahres Wort.

---

nimmt nicht nur seine nähere Berufsgenossenschaft in der Schriftleitung der „Welt am Montag" mit aufrichtiger Trauer Anteil. Westphal war preußischer Referendar und hat dann die Laufbahn seines bald sichtbaren und rasch erstarkenden Talents in dem Montagsblatt begonnen, in dem er nun 12 Jahre hindurch über Berlins Theater schrieb. Seine Urteile über Bühne und Drama zeichneten sich bei aller Schärfe einer eigentümlich geprägten Persönlichkeit durch Mäßigung im Ton aus. Seit Kriegsbeginn stand er als Leutnant im Felde, wurde mehrfach verwundet und sollte endgültig der Heimat überwiesen werden. Aber er meldete sich selbst wieder zur Front, weil er es „hier nicht mehr aushalte". Arthur Westphal heiratete während des Krieges die Schauspielerin Leonore Ehn, die im Berliner Kleinen Theater besten Eindruck hinterließ und jetzt den Münchener Kammerspielen angehört. Westphal war ein Enkel des Geh. Medizinalrats Westphal, des Berliner Psychiaters; auch ein Bruder des Verstorbenen ist vor dem Feinde gefallen.

Der Ausschuß zur Begründung des Deutschen Vereins für Buchwesen und Schrifttum, an dessen Spitze Geh. Hofrat Dr. Ludwig Volkmann, Universitätsprofessor Geh. Hofrat Dr. Walther Götz und Museumsdirektor Prof. Dr. Schramm in Leipzig stehen, hat nunmehr sein großes Kulturwerk allen schweren Hemmungen des Krieges trotzend, soweit vollendet, daß am Sonntag, 16. Dezember, mittags 1 Uhr, in der Gutenberghalle des Deutschen Buchgewerbehauses zu Leipzig die feierliche Begründung des Vereins erfolgen kann. Es werden außer dem König von Sachsen und dem Prinzen Johann Georg vertreten sein die Reichsregierung, die bundesstaatlichen Regierungen, zahlreiche andere Behörden, wissenschaftliche Institute und große Vereinigungen. Im Anschluß an den Akt erfolgt die Eröffnung einer deutschen Kriegsgraphikausstellung und der Kriegsgraphikausstellung des K. u. K. Kriegspressequartiers Wien.

Merkwürdigkeiten des Farbensinnes. Während der Farbensinn gewöhnlich als eine normale Fähigkeit erklärt wird, Farben zu erkennen, nach Ton, Stärke und Helligkeit zu benennen oder zumindest auseinanderzuhalten, kann man, wie H. Hillig in der „Färberzeitung" darlegt, in Wirklichkeit darum nicht von einer solchen Normalen sprechen, da sogar die Angaben über die Zusammensetzung des Sonnenspektrums fast sämtlich voneinander abweichen. Es handelt sich also um Abweichungen in der Empfindung des Farbensinnes, die auf anatomische und psychologische Besonderheiten zurückzuführen sind. Höchst interessant sind die verschiedenen Nebenformen des Farbensinnes, das sogenannte Farbenhören und das Farbenschmecken, wobei es sich um das Ueberspringen der Reize von einer Nervenbahn auf eine andere handelt. Am verbreitetsten ist wohl das Farbenhören, das als einer der ersten Goethe beschrieben hat. Merkwürdig ist auch die Unterscheidung von warmen und kalten Farben, die ersteren reichen bekanntlich vom rote Ende des Spektrums bis zum rötlichen Gelb, die kalten vom grünlichen Gelb bis zum Violett. Hier handelt es sich nun nicht bloß um eine Theorie, sondern in vielen Fällen auch um Wirklichkeit, da es erwiesenermaßen möglich ist, mit geschlossenen Augen z. B. rote Rosen von weißen zu unterscheiden, indem man sie an die Wange drückt. Hillig berichtet von einer durchaus normalen Frau, die fähig ist, die Farben genau zu fühlen und dabei die warmen fast niemals mit den kalten verwechselt. Reich an ungelösten Problemen ist die Farbenharmonie, die man neuerdings sogar auf musikalischem Wege lösen will, und zu diesem Zweck sind bereits mehrfach, bisher allerdings stets gescheiterte Versuche gemacht worden, ein „Farbenklavier" zu bauen. Wenig bekannt dürfte auch sein, daß für das menschliche Auge 160 Farbennuancen und ungefähr 600 Farbenintensitätsgrade zu erkennen sind, ein Reichtum, an dem nicht zum wenigsten die Leistungen der modernen Farbenchemiker beteiligt sind.

Der Berliner Zweigverein der Deutschen Schillerstiftung nahm in seiner diesjährigen Hauptversammlung den vom Schriftführer, Stadtverordneten Walbeck-Manasse erstatteten Jahresbericht entgegen. An der Spitze der Einnahmen stehen, wie immer, der kaiserliche Beitrag mit 1000 M., der Beitrag der Stadt Berlin mit 500 Mark und die Tantiemen des Schiller-Theaters von seinen Schiller-Aufführungen in Höhe von 382 M. Der Berliner Zweigverein allein konnte im abgelaufenen Berichtsjahr 5153 M. an Spenden verteilen, während die größeren Pensionen und Zuwendungen von der Hauptstiftung in Weimar ausgehen. In den Vorstand, der im verflossenen Jahr in Oskar Blumenthal ein verdienstvolles Mitglied verlor, wurde Direktor Max Pategg gewählt.

Aus den Theatern. „Fahrende Musikanten", das Schumann-Singspiel von Hans Gaus in der musikalischen Bearbeitung von Johannes Doebber, ist von den Autoren einer teilweisen Umarbeitung unterzogen worden. Das Karlsruher Hoftheater wird das Stück in der neuen Fassung demnächst herausbringen.

Als nächste Neuheit geht am Donnerstag im Deutschen Opernhaus „Das höllisch Gold", ein deutsches Singspiel von Julius Bittner, zum erstenmal in Szene. An demselben Abend wird das von Direktor Hartmann neu eingerichtete Schauspiel „Preciosa" mit der Musik von Karl Maria von Weber wiederholt.

In der Volksbühne findet am nächsten Freitag die Uraufführung des Schauspiels „Blutopfer" von Georg Reicke statt.

Elsa Dankewitz, die Konzertsängerin, ist zum Bühnenfach übergegangen und als 1918 an das Hoftheater in Wiesbaden verpflichtet worden.

Das Stuttgarter Hoftheater hat zur Uraufführung in der nächsten Zeit ein von der Stuttgarter Hofschauspielerin Alexandrine Roth verfaßtes Märchenspiel „Der Tannkönig" angenommen. Die Musik stammt von Flotow dem Komponisten der „Martha", und wurde vor etwa 60 Jahren zu der Pantomime „Tannkönig" geschrieben. Dr. Jansen hat diese Musik für das Märchen verarbeitet.

Die Reden Czernins.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

Wien, 8. Dezember.

Die drei Reden, die Graf Czernin in diesen Tagen in der ungarischen Delegation gehalten hat, und die man leider nicht anhören durfte, weil sie im Ausschuß gesprochen wurden, hatten Zweck und Wirkung nach zwei Seiten: Einmal zur Wiederlegung oder doch zur Abschwächung der deutschfeindlichen Aeußerungen des Grafen Karolyi, zweitens zur Beruhigung über die amerikanische Kriegserklärung. Nach beiden Seiten haben sie hier gut gewirkt. Wie groß die Partei derer ist, die in Ungarn mit dem Grafen Karolyi gehen, ist sehr schwer bestimmbar, denn die angeblich glaubwürdigen Politiker schwanken zwischen den Extremen.

In den Delegationen hat Graf Czernin dem Grafen Andrassy und dem Grafen Tisza als zwei mehr oder weniger heimlichen Gegnern gegenübergestanden, die ihn von verschiedenen Seiten leise angebohrt haben. Trotzdem schied er am Schlusse der Tagung mit einem entschiedenen Erfolge, den freilich die Lage für ihn vorbereitet hatte. Denn dieser Minister, der ein Jahr lang auf diese Tagung gewartet hatte, konnte bei seinem ersten Auftreten gleich mit einem Waffenstillstande aufwarten, den ihm die Entwicklung zutrug.

Demgegenüber wird die amerikanische Gefahr hier in den amtlichen und politischen Kreisen nicht schwer genommen, und im Grunde faßt man sie hier als eine letzte Drohung und Lockung Amerikas an Rußland auf. Die Millionen von Auswanderern werden nach der Kriegserklärung nicht schlechter drüben stehen als seit dem Abbruch der Beziehungen, und was an Kapital dort in den Schiffen liegt, ist ja längst beschlagnahmt. Zu dem Zweikampf an der Westfront dürften jedenfalls österreichische Kontingente sich schneller stellen als amerikanische.

Im allgemeinen muß man sagen, daß seit den zwei letzten Tagen durch die gemeinsamen Verhandlungen nach dem Osten, den gemeinsamen Krieg über den Ozean und durch die überzeugenden Darlegungen des führenden Ministers das Bündnis an Festigkeit auch nach außen gewonnen hat, und daß die Beziehungen der Monarchie zu Deutschland gegenseitig fester erscheinen als die inneren Beziehungen der beiden Staaten der Monarchie zueinander. Dies hat ein Delegierter deutlich zum Ausdruck gebracht, wenn er sagte, Oesterreich und Polen können nur dann durch Personalunion verbunden werden, wenn auch Oesterreich und Ungarn nur mehr durch Personalunion zusammengehalten würden.

Emil Ludwig.

• • •

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" widmet den beiden ersten Reden des Grafen Czernin in der ungarischen Delegation einen Leitartikel voll der wärmsten Anerkennung und Zustimmung. Sie betont zunächst, daß durch diese Reden den Intrigen Wilsons für eine Zersplitterung des Vierbundes entgegengetreten wurde, ehe sie überhaupt zur Geltung gekommen sind. Das Blatt findet die hauptsächliche Bedeutung der Rede darin, „daß sie dem Gefühle treuer Zusammengehörigkeit und Waffenbrüderschaft zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn neue Veranlassung gegeben haben. Wie die kämpfenden Söhne des deutschen Volkes mit den österreichischen und ungarischen Kameraden Schulter an Schulter den Besitz und Bestand Oesterreichs und Ungarns geschützt haben, so werden die Soldaten Oesterreich-Ungarns auch die deutsche Front in ihrem Kampfe zur Verteidigung des deutschen Bodens unterstützen."

Weiter schreibt das Blatt zu der Aeußerung Czernins, Oesterreich-Ungarn kämpfe für Elsaß-Lothringen: „Das deutsche Volk dankt ihm dieses Wort aufs wärmste. Nicht nur weil Elsaß-Lothringen uralter deutscher Besitz ist, sondern weil nichts deutlicher den Verteidigungscharakter unseres Kampfes und die Notwendigkeit zum Durchhalten dartut als die Begehrlichkeit Frankreichs und seiner Verbündeten nach diesem Besitze. Der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen faßte das vor kurzem in die klare Formel, daß es kein Friedenshindernis gebe, als Elsaß-Lothringen. Und die Klarheit dieser Formel ist es wiederum, die den Mächten der Entente die Ausrede nimmt, als können andere Momente noch als ernsthafte Friedenshindernisse in Frage kommen."

Das Blatt sagt schließlich, Graf Czernin führe gegenüber den unaufrichtigen Schlagworten der Entente die harte Sprache der Entschlossenheit. „Sie klingt aber aus in die sicheren Worte der Zuversicht auf den Erfolg, auf den Schutz und die Sicherheit Oesterreich-Ungarns wie der übrigen Mittelmächte. Und es ist ein auf diese Zuversicht aufgebautes Bekenntnis zur Zukunft, das Graf Czernin die Vertiefung des politischen und wirtschaftlichen Bündnisses zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn verkündet."

Ein dänisch-amerikanisches Abkommen.

Der Mitarbeiter von „Politiken" in Christiania kann nach einer Unterredung mit einem kürzlich dort angekommenen Amerikaner in amtlicher Stellung mitteilen, daß ein für Dänemark bedeutungsvolles Abkommen mit Amerika in nächster Zeit zustande kommen werde. Dänemark soll Zufuhren solcher Waren bekommen, die sich nicht zur Wiederausfuhr eignen, z. B. Artikel für den Schiffbau. Das Abkommen so auch andere wichtige Zufuhren behandeln, darunter sind aber keine Nahrungsmittel für Mensch oder Vieh.

Für Dänemark sind in den letzten Tagen, wie „Svdsvenska Dagbladet" meldet, 40 000 Sack Kaffee in England freigegeben worden. Sie sollen in der nächsten Zeit in Dänemark eintreffen.

•

Stockholm, 9. Dezember.

Einer Blättermeldung zufolge ist vor einigen Tagen ein Abgesandter der amerikanischen Regierung in Stockholm eingetroffen. Seine Aufgabe soll darin bestehen, die Lage in Schweden zu untersuchen und darüber dem großen Verhandlungskomitee in London Bericht zu erstatten.

Wie „Aftonbladet" mitteilt, sind die schwedischen Unterhändler mit England Donnerstag abend nach London abgereist.

London, 8. Dezember.

Reuters Büro ist in Kenntnis gesetzt worden, daß der Handelsvertrag zwischen der englischen und der spanischen Regierung abgeschlossen worden ist. Er betrifft die Ausfuhr von Kohle, Eisen und Früchten und hält sich mit einigen Abänderungen an das vom Marquis Cortina bei seiner letzten Anwesenheit in London mit der englischen Regierung erzielte Abkommen.

Ein amerikanischer Torpedozerstörer vernichtet.

Reutermeldung.

Washington, 8. Dezember.

Der amerikanische Torpedobootszerstörer „Jacob Jones" ist am Donnerstag in der Kriegszone torpediert worden. Ein großer Teil der Bemannung ist umgekommen.

Der Zerstörer „Jacob Jones" war 1915 vom Stapel gelaufen und 1100 Tonnen groß. Seine Geschwindigkeit betrug 30 Seemeilen. Seine Besatzung war 82 Mann stark.

Rußland kündigt auch die Munitionsverträge.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

pr **Amsterdam, 9. Dezember.**

Dem „Daily Chronicle" zufolge hat die russische Regierung alle mit den Alliierten abgeschlossenen Verträge auf Lieferung von Munition und Kriegsmaterial für das russische Heer gekündigt. Die Frage der russischen Kriegsschulden wurde bis zu den Friedensverhandlungen hinausgeschoben.

Frankreichs Stellung zur russischen Friedensbewegung.

Meldung des Schwedischen Telegraphen-Büros.

Stockholm, 8. Dezember.

Der hiesige Bolschewiki-Vertreter teilt aus Petersburg vom 4. 12. mit: „Djelo Naroda" hat auf der französischen Botschaft erfahren, daß Frankreich betreffs der Friedensfrage nur mit der Verfassunggebenden Versammlung rechnen werde, da sie allein den Willen des russischen Volkes ausdrücken könne. Die französische Regierung beabsichtige nicht, die Verbindung mit Rußland abzubrechen, falls Rußland einen Sonderfrieden mit Deutschland schließe.

Das „Petit Journal" meldet: Die Könige von Montenegro und Serbien sandten der französischen Regierung Erklärungen, in denen sie gegen den „Treubruch Rußlands" protestieren.

Sieg der Revolution in Portugal.

Reutermeldung.

London, 9. Dezember.

Die Revolution in Oporto schloß mit einem Erfolge der Revolutionäre. Die Regierung demissionierte, und Affonso Costa bildete die provisorische Regierung, der auch der frühere portugiesische Gesandte in Berlin Sidonio Paes angehört. In Lissabon und Oporto herrscht Ruhe.

•

Paris, 9. Dezember.

Dem „Temps" wird aus Madrid gemeldet: Man kennt keine Einzelheiten über die Ereignisse in Lissabon. Die Bewegung soll von der Unionistenpartei trotz des Widerspruchs ihres Führers geleitet sein. Eine latente Ministerkrise habe seit einiger Zeit in Portugal bestanden und Affonso Costa habe infolge starker Angriffe beschlossen, sein Amt niederzulegen. Das Kabinett sei darauf umgebildet worden, es bleibe aus Demokraten zusammengesetzt. Die Krise sei noch nicht gelöst und die Lage sei noch verwickelt worden durch die Agitation maximalistischer Elemente, die Gegner einer Teilnahme Portugals am Kriege seien und jüngst offen ihre Freude über die italienische Niederlage äußert hätten. Sie nutzten die Unzufriedenheit aus, die die Entbehrungen und das teure Leben in der portugiesischen Bevölkerung verursachten. (Diese „Temps"-Meldung ist durch das obenstehende Reuter-Telegramm überholt.)

Die Forderungen Spaniens.

Drahtmeldung.

Bern, 8. Dezember.

Das „Journal des Debats" gibt einen Artikel der Madrider „Correspondencia Militar", betitelt „Spanien und der Friede", wieder, der lebhaft besprochen wird und mit dem eine aus Anlaß der Ereignisse in Rußland begonnene Bewegung in Zusammenhang zu bringen sei. In dem Artikel werden die Wünsche Spaniens bei Friedensschluß auseinandergesetzt. Sie umfassen besonders die Herausgabe Gibraltars, Angliederung von Tanger an die spanische Zone und die Notwendigkeit der Verleihung einer wirklichen Unabhängigkeit an Portugal. Verhandle man über die von den Alliierten verlangten Grundlagen zum Frieden, d. h. freies Bestimmungsrecht der Völker, Revidierung von Annexionen und die Gesellschaft der Nationen, so werde Spanien die „Desannexion" Gibraltars und ein Plebiszit für Puertorico (das nach dem spanisch-amerikanischen Kriege 1898 an Amerika fiel) verlangen. In diesem Falle müßte auch die Stärke der militärischen Kräfte Spaniens festgestellt und in den Dienst der Gesellschaft der Nationen gestellt werden. Der Artikel verlangt ferner die Bildung eines besonderen Ausschusses im Ministerium des Aeußeren zur Vorbereitung des Friedens. Angesichts der Dienste, die Spanien allen Kriegführenden geleistet habe, dürften die Kriegführenden nicht daran denken, den Frieden zu besprechen, ohne daß Spanien an den Verhandlungen teilnehme. Das Blatt will wissen, eine Gruppe der Kriegführenden wünsche sehr stark, daß Spanien berücksichtigt werde; sie werde einen dahingehenden Vorschlag machen.

Der Wiener Generalstabsbericht.

Amtlich wird verlautbart: **Wien, 9. Dezember.**

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Waffenruhe.

Italienischer Kriegsschauplatz.

In Venetien lebhafterer Artilleriekampf.

Der Chef des Generalstabes.

Bulgarien und Rumänien.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

*** Sofia, 7. Dezember.**

Die Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen mit Rumänien ruft in der bulgarischen Presse fast größere Befriedigung hervor als die Anbahnung der Verständigung mit Rußland, insofern, als darin der Arm der rächenden Gerechtigkeit erkannt und die Sühne für den Bukarester Vertrag als endlich gekommen betrachtet wird. Wenn sich die Bulgaren bereits seit Beginn des rumänischen Feldzuges daran erinnerten, daß die Dobrudscha bis zur Donaumündung, die einstens bulgarisch war, auf Drängen Rußlands sogar gegen den Willen rumänischer Politiker im Austausch gegen Bessarabien rumänisch wurde, so erscheint heute kaum ein Blatt, das nicht täglich von der Revindikation alten Unrechts spricht. Aus der Dobrudscha laufen täglich Depeschen an Radoslawow ein, die die Angliederung der ganzen Dobrudscha an das bulgarische Heimatland fordern; was früher kaum pium desiderium war, ist heute im Feuer der Debatte conditio sine qua non.

Die Waffenruhe gibt Gelegenheit, die Frage erneut und mit aller Leidenschaftlichkeit zur Diskussion zu stellen. Die Politiker betonen, in der Frage der Dobrudscha habe sich zwar das bulgarische Kriegszielprogramm geändert, und ohne Rumäniens Verrat hätte Bulgarien auch weiterhin, wenn auch mit verbissenen Zähnen, es bei dem geschaffenen Zustand belassen, um sich damit freundnachbarliche Gesinnungen zu wahren, doch diese die Situation gegenwärtig keine Veranlassung zu Gefühlen. Gerade die zweimal bewiesene rumänische Hinterlist von 1913 und 1916 zeige, daß man diesen Nachbarn nicht trauen könne, und die einzige Möglichkeit, sich vor welchem Angriff auch immer von Norden zu schützen, sei die Mündung der Donau als Grenze. Wenn die bulgarischen Sozialisten in vielen Einzelheiten nach Westen hin anderer Ansicht als die Gegenparteien sind und von einer gemäßigten Politik Konzessionen fordern, so scheinen sie doch, soweit es die Dobrudscha betrifft, mit der Mehrheit des Parlaments und dem Volke einmütig zu sein. Es wird anheimgestellt, Rumänien weitgehende wirtschaftliche Konzessionen zu machen, die ihm den Weg nach dem Meere offenhalten. Die Sozialisten und bürgerlichen Parteien meinen, Rumänien könne auf Grund desselben Rechts, mit dem Bulgarien die Dobrudscha fordere, von nationalen Prinzipien ausgehend, von Rußland Bessarabien verlangen und sich so entschädigen. Wenn man die mazedonische Frage für ganz erledigt hält und über die Morawafrage beruhigt ist, so wird die Unentschiedenheit in der Dobrudschafrage durch die tägliche Diskussion um so aufregender, und dies um so mehr, als man sich aller Schwierigkeiten einer solchen Lösung klar bewußt ist, ohne sie eigentlich im Eifer der Debatte anzuerkennen. Von diesem Gesichtspunkt werden alle Aeußerungen zu beurteilen sein, die bei der zu erwartenden Weiterentwicklung der Dinge fallen werden und fallen müssen.

Dr. Momtschilow, der Vizepräsident der Sobranje, veröffentlicht in der „Deutschen Balkanzeitung" einen Aufsatz über die Friedensmöglichkeiten, indem er zu folgendem Schlusse kommt: Die Bulgaren haben kein anderes Ziel außer der nationalen Einigung. Von Sulima bis zum Tahinsee, von der Donau bis Tiges, vom Schwarzen Meer bis zu den albanischen Bergen wird der bulgarische Stamm für ewig geeint sein in einem Staat, der für das Wohl seines Volkes und die Allgemeinheit arbeiten wird. Stolz auf die eigene erkannte Kraft, begrüßt Bulgarien einen ehrlichen, gerechten und dauerhaften Frieden.

Mario Passarge.

„Das geeinigte Griechenland."

Unter diesem Titel hatte vor einiger Zeit Georges Wagnière, der Direktor des „Journal de Genève" in seinem Blatte einen Artikel veröffentlicht, der auf eine Rechtfertigung, ja sogar auf eine warme Belobung der von der Entente in Griechenland unternommenen Schritte, hauptsächlich der Absetzung König Konstantins, hinauslief. Diesen Artikel nahm eine Anzahl griechischer Studenten zum Anlaß, die von Wagnière angeführten, der Entente-Presse entnommenen Argumente eingehend zu widerlegen. Zunächst sollte dies in Gestalt einer im „Journal de Genève" zu veröffentlichendem Erwiderung auf jenen Artikel geschehen, da aber Herr Wagnière die Erwiderung nicht aufnahm, ließ jene „groupe d'étudiants hellènes" sie in Gestalt einer Broschüre erscheinen („La Grèce unie. lettre ouverte à M. Georges Wagnière." Genf 1917). Eine wuchtigere Anklageschrift gegen die Feiniger Griechenlands, gegen die „Schutzmächte", die Griechenland Stück um Stück seines Selbstbestimmungsrechts, seiner Handlungsfreiheit beraubten, läßt sich kaum denken. Sie wirkt umso überzeugender, als sie sich von aller Rhetorik frei hält und ausschließlich Tatsachen vorführt; in gedrängter Form, fast nur in Stichwörtern und in knappen Sätzen wird hier die lange Kette von Gewaltakten aufgezählt, von Vertrübrüchen, Intrigen, Entstellungen falschen Anschuldigungen, von der Hungertortur, der das königstreue Land unterworfen wurde, von schmählichstem Mißbrauche des Rechtes des Stärkeren — manches davon heute schon halb vergessen: wie vielen ist es z. B. heute noch geläufig, daß jener berühmte serbisch-griechische Vertrag, dessen Nichteinhaltung dem König Konstantin von der Entente als schwerster Treubruch angerechnet wurde, von Venizelos selbst zweimal, im November 1915 und Januar 1915 in aller Form bezweifelt worden ist? Das Jonnart, der Bevollmächtigte der Ententemächte, noch in dem Augenblick, in dem er die Abdankung König Konstantins forderte den Griechen feierlich versprach, daß Frankreich, England und Rußland dem Venizelos nie erlauben würden, nach Athen zu kommen und daß diese drei Mächte den Wunsch des Griechenvolkes, außerhalb des Krieges zu bleiben, respektieren würden? Es ist leicht begreiflich, daß Herr Wagnière keine Veranlassung zu haben glaubte, dieses Dokument der Entente-Schmach in sein Blatt aufzunehmen und dadurch für dessen Verbreitung zu sorgen. Desto wünschenswerter ist es, daß der Offene Brief der griechischen Studenten in seiner jetzigen Form die Verbreitung findet, die er verdient.

Ein neuer Feind.

Guayaquil, 8. Dezember.

Amtlich wird mitgeteilt, daß Ecuador die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen hat.

(Hierzu eine Beilage.)

Verantwortlich für die Anzeigen: Karl Radloff, Berlin.
Druck und Verlag: Ullstein & Co., Berlin.